NZZ

GASTKOMMENTAR

Andreas Umland

Endet Trump wie einst Janukowitsch? Indem sich die Menschen gegen den Kuschelkurs einer Moskau-hörigen Regierung zur Wehr setzen

Donald Trump möchte den Ukraine-Krieg möglichst schnell zu einem Ende bringen. Dafür ist er gegenüber dem Kreml in einem Mass zu Konzessionen bereit, welches die bisherige westliche Unterstützung Kiews auf den Kopf stellt. Es wird sich erweisen, welche Wirkungen seine Brachialmethoden entfalten – in der Welt und zu Hause.

23.02.2025, 05.30 Uhr 8 min

Wahl-

In vielerlei Hinsicht könnten die USA und die Ukraine unterschiedlicher nicht sein: Während Amerika eine relativ alte und föderale Demokratie mit einer grossen Bevölkerung und Wirtschaft darstellt, ist die Ukraine ein junger, demokratischer Unitarstaat, dessen Bevölkerung und Wirtschaft nur einen Bruchteil derjenigen der USA ausmachen. Das ukrainische Parteiensystem ist äusserst instabil, während das der USA aus zwei grossen Parteien besteht, welche die Politik seit mehr als 150 Jahren dominieren. Es liessen sich viele weitere Unterschiede aufzählen.

Dennoch ähneln sich die Vereinigten Staaten von 2025 unter dem neugewählten Präsidenten Donald Trump und die Ukraine von 2010 unter dem damals neugewählten Präsidenten Wiktor Janukowitsch in mancher Hinsicht auffallend.

Bereits vor neun Jahren wurden die Politik der USA und jene der Ukraine durch den berüchtigten politischen Manipulator Paul Manafort miteinander verbunden. Manafort, ein Wahlkampfmanager für autoritäre Herrscher auf der ganzen Welt, war von 2004 bis 2010 ein wichtiger Akteur in Kiew und rückte sechs Jahre später in Washington ins Rampenlicht. Er spielte eine Rolle beim Aufstieg der umstrittensten Präsidenten der Ukraine und der USA – Wiktor Janukowitsch und Donald J. Trump. Manaforts Zusammenarbeit mit Janukowitsch (über mehrere Jahre) und Trump (über mehrere Monate) ging ihren spektakulären Siegen bei den Präsidentschaftswahlen 2010 bzw. 2016 voraus.

Russische Einflussnahme

Darüber ähnelten die politischen Aufstiege von Janukowitsch und Trump einander auch dahingehend, dass beide während kritischer Wahlkampfphasen Unterstützung aus Russland erhielten. Freilich ging der Eingriff Moskaus in die ukrainische und die amerikanische Wahlkampagne auf sehr verschiedene Art vonstatten und zeitigte unterschiedliche Ergebnisse. In der Ukraine war der Kreml bis 2014 immer ein entscheidender Akteur der Innenpolitik gewesen, und Moskau setzte eine Vielzahl geheimer und weniger geheimer Agenten und Instrumente ein. Dennoch reichte die Unterwanderung ukrainischer Politik durch den Kreml nicht aus, um den Sieg des prorussischen Janukowitsch bei den Präsidentschaftswahlen 2004 zu sichern, in deren Verlauf Moskau tief involviert war.

In den USA hingegen waren es die Präsidentschaftskandidatur von Donald Trump 2015/16 und sein öffentlicher Appell an Russland, «die fehlenden 30 000 E-Mails [seiner demokratischen Konkurrentin Hillary Clinton] zu finden», die den Kreml dazu motivierten, in den Wahlkampf zwischen Trump und Clinton einzugreifen. Während sich der Kreml über zwei Jahrzehnte direkt und offen in die inneren Angelegenheiten der Ukraine einmischte, war Moskaus Zusammenarbeit mit Trump eher geheim und indirekt. Soweit wir wissen, kam es nicht zu direkter politischer Kollaboration zwischen Trumps Wahlkampfteam und dem Kreml, wie es bei der Zusammenarbeit zwischen Moskau und prorussischen ukrainischen Politikern häufig der Fall war.

Sowohl Janukowitsch 2010 als auch Trump 2024 hatten die offene und offensichtliche Unterstützung der jeweils reichsten Männer ihrer Länder, Rinat Achmetow und Elon Musk.

Dennoch war der Eingriff der russischen Geheimdienste in den amerikanischen Wahlkampf 2016 massiv, wie in einem fünfbändigen Bericht des Sonderausschusses des US-Senats für russische aktive Massnahmen, Kampagnen und Einmischung in die US-Wahlen 2016 dokumentiert ist, der zwischen 2019 und 2020 veröffentlicht wurde. Ob die Aktivitäten Russlands 2016 das knappe Ergebnis der Präsidentschaftswahlen jenes Jahres verändert haben oder nicht und ob Trump seinen politischen Aufstieg somit Moskau zu verdanken hat, werden wir nie mit Sicherheit wissen. Klar ist, dass der amerikanische Wahlkampf 2016 ohne russische Beteiligung anders verlaufen wäre. Ähnliches lässt sich über die gesamte Geschichte der ukrainischen Innenpolitik bis 2022 sagen.

Es gibt weitere Übereinstimmungen in den Biografien von Janukowitsch und Trump. Beide Männer verfolgen einen transaktionalen, zynischen und patriarchalischen Politikansatz, der nicht von Werten, Normen und Ideologien belastet ist. Als Janukowitsch und Trump 2010 und 2014 zu Präsidenten gewählt wurden, waren sie beide vorbestrafte Straftäter, deren bekannte Gesetzesverstösse jedoch nicht – wie es in den meisten anderen Demokratien der Fall gewesen wäre – eine Nominierung zum Staatsoberhaupt durch ihre politischen Organisationen, sprich die Partei der Regionen der Ukraine und die Republikanische Partei der USA,

verhinderten. Ausserdem gibt es Parallelen in der Art und Weise, wie Janukowitsch und Trump versuchten, an die Macht zu kommen und sie festzuhalten.

Im Jahr 2004 versuchte Janukowitsch, damals Ministerpräsident der Ukraine, in der Stichwahl der vierten Präsidentschaftswahlen der Ukraine seit 1991 durch grossangelegten Wahlbetrug Präsident zu werden. Dieser Versuch einer illegalen Machtübernahme wurde vom Obersten Gerichtshof der Ukraine verhindert, der die Wahlergebnisse für ungültig erklärte und eine Wiederholung der Abstimmung anordnete – die Janukowitsch erwartungsgemäss verlor.

Zwei Kandidatinnen laufen auf

Anfang 2021 versuchte der scheidende 45. US-Präsident Donald Trump, die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen von 2020 zu kippen, indem er unter anderem einen Mob von Anhängern dazu anstiftete, das Capitol in Washington zu stürmen und den Kongress daran zu hindern, den Sieg von Joe Biden zu formalisieren. Dieser Putschversuch wurde von der Polizei Washingtons und dem Kongress verhindert, der daraufhin die Wahlergebnisse bestätigte. In der Folgezeit hat Moskau Janukowitsch und Trump öffentlich dabei unterstützt, ihre Wahlniederlagen von 2004 und 2020 nicht anzuerkennen.

Im Frühjahr 2010 gewann der ehemalige Ministerpräsident Janukowitsch schliesslich die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine gegen eine amtierende Ministerpräsidentin mit weniger als der Hälfte der Stimmen. Während Janukowitsch 49,33 Prozent erreichte, kam Julia Timoschenko auf 46,03

Prozent. Vierzehneinhalb Jahre später gewann der ehemalige Präsident Donald Trump die amerikanischen Präsidentschaftswahlen 2024 gegen eine amtierende Vizepräsidentin, ebenfalls mit weniger als der Hälfte der Stimmen. Während Trump 49,8 Prozent erreichte, kam Kamala Harris auf 48,3 Prozent.

Darüber hinaus gingen sowohl Janukowitschs als auch Trumps Sieg in den Jahren 2010 bzw. 2024 weniger auf Manafort bzw. die russische Einflussnahme zurück. Stattdessen waren sie hauptsächlich das Ergebnis der Unfähigkeit der demokratischen Wahlkampfmanager in der Ukraine wie in den USA. Diese beiden bedeutsamen Wahlen hätten wahrscheinlich von den beiden demokratischen Kandidatinnen gewonnen werden können, wenn sich ihre politischen Verbündeten und Manager strategisch geschickter verhalten hätten.

Insbesondere die beiden amtierenden Präsidenten, Wiktor Juschtschenko und Joe Biden, haben Timoschenko und Harris nicht ausreichend geholfen zu gewinnen. Juschtschenko weigerte sich, Timoschenko in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen 2010 in der Ukraine zu unterstützen, während Biden seine Kandidatur für die US-Präsidentschaftswahlen 2024 viel zu spät zurückzog. Juschtschenko und Biden wurden somit teilweise mitschuldig an den verhängnisvollen Wahlsiegen der Antidemokraten Janukowitsch und Trump.

Die grössten Ähnlichkeiten zwischen Janukowitsch und Trump sind jedoch ihre engen Beziehungen zu einigen der mächtigsten Wirtschaftsmagnaten ihrer Länder sowie die Bereitschaft beider Männer, die innere Ordnung und die

Aussenbeziehungen ihrer Länder auf den Kopf zu stellen. Sowohl Janukowitsch im Jahr 2010 als auch Trump im Jahr 2024 hatten die offene und offensichtliche Unterstützung der jeweils reichsten Männer ihrer Länder, Rinat Achmetow und Elon Musk, sowie einer Reihe anderer superreicher «Oligarchen».

Von 2010 bis 2013 versuchte Janukowitsch, die ukrainische Plutokratie wiederherzustellen, die in den neunziger Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstanden war. Im Gegensatz dazu ist Trump derzeit damit beschäftigt, eine Art isolationistische Oligarchie zu errichten, die für die heutigen Vereinigten Staaten völlig neu zu sein scheint (oder sie in gewisser Weise ins 19. Jahrhundert zurückversetzt).

In den Jahren von 2010 bis 2013 untergrub Janukowitsch die junge Demokratie der Ukraine, die Integration in den Westen und die Emanzipation von der Vormundschaft Russlands durch eine Reihe politischer Wendungen. Unter anderem initiierte Janukowitsch 2010 eine Verfassungsänderung zu seinen Gunsten und strich das Ziel der Nato-Mitgliedschaft der Ukraine aus dem Gesetz über die Grundlagen nationaler Sicherheit. Ende 2013 weigerte er sich, ein bereits paraphiertes Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu unterzeichnen.

Revolution der Würde

Wie bekannt, löste diese Aussetzung des Beginns der europäischen Integration der Ukraine einen Protest auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew aus, der als Euromaidan bekannt wurde. Janukowitsch versuchte diesen Dissens gewaltsam zu unterdrücken, und verwandelte so den

zunächst kleinen Protest in einen landesweiten Aufstand mit Millionen von Teilnehmern.

Der Euromaidan entwickelte sich zu einem blutigen Patt und schliesslich zur sogenannten Revolution der Würde, die zur Flucht Janukowitschs aus Kiew, zu seiner Absetzung vom Amt des Präsidenten durch das ukrainische Parlament, der Wiederherstellung der unter Janukowitsch geänderten Verfassung und der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU führte. (Randnotiz: Russlands militärische Besetzung der Krim und damit der Krieg gegen die Ukraine begann bereits am 20. Februar 2014. Der Angriff Moskaus auf die Ukraine mit regulären Truppen startete also vor all diesen Ereignissen und nicht, wie weithin angenommen, als Reaktion auf sie.)

Was derzeit unter der Präsidentschaft von Trump in den USA geschieht und möglicherweise bald geschehen wird, unterscheidet sich von der Entwicklung der Ukraine unter Janukowitsch. Da die politischen Systeme und Gesellschaften der Vereinigten Staaten und der Ukraine unterschiedlich sind, überraschen die Verschiedenheiten kaum.

Dennoch unternimmt der 47. US-Präsident derzeit auf abstrakter Ebene einen Versuch, die Richtung der amerikanischen Innen- und Aussenpolitik in einer Art und Weise zu ändern, die dem ähnelt, was der vierte Präsident der Ukraine zwischen 2010 und 2013 in seinem Land versuchte. Die politischen Institutionen und internationalen Beziehungen der Vereinigten Staaten scheinen derzeit unter Trump einen Wandel zu erleben, der in seiner Tiefe zunehmend mit der Neuausrichtung der Ukraine unter Janukowitsch konkurriert.

Die Millionen-Dollar-Frage, die mit jeder Woche drängender wird, ist, ob das Ende von Trumps Präsidentschaft am Ende ähnlich dem von Janukowitsch sein könnte. Freilich hätte ein Impeachment Trumps, das der Amtsenthebung von Janukowitsch durch das ukrainische Parlament Ende Februar 2014 gleichkäme, ein politisch anderes Ergebnis. Trump würde lediglich durch Vizepräsident J. D. Vance ersetzt, der Trump ideologisch nahesteht.

Im Gegensatz dazu wurde Janukowitsch 2014 zunächst für drei Monate durch den Parlamentssprecher Olexander Turtschinow ersetzt, der in Opposition zu Janukowitsch stand. Turtschinow wurde Interimspräsident der Ukraine, bis der neugewählte reguläre Präsident Petro Poroschenko, der ebenfalls ein Anti-Janukowitsch-Politiker war, im Juni 2014 das Amt übernahm.

Innere Unruhen

Trotz diesen und vielen anderen Unterschieden könnte die künftige politische Entwicklung der Vereinigten Staaten in gewisser Hinsicht derjenigen der Ukraine zwischen 2010 und 2014 ähneln. Die zunehmend antidemokratische, disruptive, pluto- und/oder autokratische sowie letztlich unpopuläre Politik der Trump-Administration könnte zu Massendemonstrationen führen, die an den Aufstand der Ukraine gegen Janukowitsch Ende 2013 erinnern. Im schlimmsten Fall könnte eine Konfrontation zwischen der Trump-Regierung und einer landesweiten Protestbewegung gewaltsam werden und zu Zusammenstössen führen, die genauso schlimm, schlimmer oder gar viel schlimmer ausfallen könnten als jene in der Ukraine Anfang 2014.

Die internationalen Auswirkungen einer solchen innenpolitischen Eskalation in den Vereinigten Staaten könnten schwerwiegender sein als die tragischen Nachwirkungen der internen Destabilisierung der Ukraine vor elf Jahren. Auf der Grundlage früherer Pläne nutzte der Kreml im Februar 2014 rasch die eingeschränkte Fähigkeit Kiews aus, auf eine verdeckte militärische Invasion zu reagieren. Russland annektierte im März 2014 die ukrainische Schwarzmeerhalbinsel Krim und begann im April 2014 – gemäss Jakob Hauters Klassifizierung, der in seiner Dissertation den Anfang des Krieges im Donbass analysierte – einen «delegierten zwischenstaatlichen Krieg» auf dem ostukrainischen Festland.

Als mächtigste militärische Supermacht der Welt müssen die USA keine ausländische Intervention, Besetzung und Annexion durch ein fremdes Land fürchten – solange sie nicht auseinanderfallen. Dennoch hätten amerikanische Massenproteste, wie sie Ende 2013 in der Ukraine stattfanden, und eine Eskalation, wie Anfang 2014, Auswirkungen weit über die Vereinigten Staaten hinaus. Sollte die derzeitige Störung der politischen Institutionen, Wirtschaftsbeziehungen und Auslandsbeziehungen durch die Trump-Regierung anhalten, könnte die Zivilgesellschaft der USA früher oder später in gewisser Weise ähnlich reagieren wie die der Ukraine im Jahr 2013.

Ob dies auch zu tiefgreifenden Veränderungen in der amerikanischen Regierung, Verfassung und Aussenpolitik führen wird, wie es 2014 in der Ukraine der Fall war, bleibt abzuwarten. Innere Unruhen in den USA werden das Land, selbst wenn sie turbulent und gewaltsam sind, weniger verwundbar machen, als dies bei der Ukraine 2014 der Fall

war. Es scheint jedoch sicher, dass eine interne Destabilisierung der Vereinigten Staaten weitreichende internationale Auswirkungen hätte, die letztlich noch tragischer sein könnten als die der ukrainischen Revolution der Würde vor elf Jahren.

Andreas Umland ist Analyst am Stockholmer Zentrum für Osteuropastudien (SCEEUS) des Schwedischen Instituts für Internationale Angelegenheiten (UI).